

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tageblatt Riesa,
Bernauer Str. 20,
Vollschiff Nr. 52

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1530.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 108.

Montag, 11. Mai 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetales sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundschriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zettelausdrucker und tabellarischer Satz 50%, Kullschlag, Festsätze, Bemittelte Rabatt erwünscht, wenn der Vertrag verfaßt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Anzeigenbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Darger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Prüfet alles!

Vor dem 13. und 15. Mai.
Von Dr. Willi Wacker.

Die große parlamentarische Schlacht in der französischen Kammer ist vorüber. Außenminister Briand erhielt mit 430 gegen 52 Stimmen ein Vertrauensvotum, das die schwersten Befürchtungen seiner politischen Gegner ebenso wie die kühnsten Hoffnungen seiner Freunde übertraf. Nimmt man hinzu, daß Frankreichs Sozialisten, soweit sie in der Kammer vertreten sind, sich der Stimme enthielten, so muß die eigentliche Mehrheit sogar auf 540 Stimmen answachsen. Die politische Bedeutung dieser Tatsache liegt darin, daß am 13. Mai die Nationalversammlung Frankreichs in Versailles zusammentritt, um den Nachfolger Doumergues als Präsidenten der Republik Frankreich zu wählen und daß zwei Tage später die Genfer Verhandlungen beginnen.

Jedes Land hat seine eigenen politischen Ueberlieferungen, die es von den Vätern übernahm oder die es im Laufe der Zeiten sich selber schaffte. So ist es in Frankreich nicht Gebrauch, daß hervorragende Politiker, Diplomaten oder Staatsmänner ihre Kandidatur vor der Präsidentschaftswahl aufstellen. Es gibt auch keinen Wahlkampf, der die Gemüter des Volkes tief aufwühlte, denn die Präsidenten Frankreichs gehen nicht aus allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen hervor, bei denen die ganze französische Nation aufgerufen wird, sondern Senat und Kammer begeben sich hinaus in das klassische Versailles, um dort gemeinsam, als Nationalversammlung, den neuen Präsidenten zu wählen.

Wie in der ganzen Nachkriegszeit, so ist auch jetzt unmittelbar vor dem 13. Mai, dem Tag der Präsidentschaftswahl, die Persönlichkeit des nächsten Präsidenten lebhaft umstritten. Wer von den vielen Kandidaten der Rechten, der Mitte, der Linken wird das Rennen machen? Die Frage war bis Freitagmittag noch völlig ungeklärt und mit Recht lebhaft umstritten. Nach der Rede des Außenministers Briand, dem Triumph, den er als Redner in der Kammer davontrug und dem Sieg, den er bei den Abstimmungen erzielte, nach dem glänzenden Vertrauensvotum, das ihm und seinen Kollegen die französische Volksvertretung aus sprach, ist die Wahl von Aristide Briand zum französischen Staatspräsidenten so gut wie gesichert. Schon hat auch die radikal-sozialistische Kammerfraktion, der Briand persönlich nicht angehört, die aber die stärkste Fraktion der bürgerlichen Linken darstellt, ihn zum Präsidentschaftskandidaten erkoren und mit den Radikalfractionen Fühlung genommen, um seine Wahl zu sichern. Wenn nicht alles täuscht, wird der nächste französische Präsident Aristide Briand heißen. Wer mag aber sein Nachfolger im Quai d'Orsay sein? Wer wird Frankreich künftig in Genf vertreten? Man nennt heute schon den Namen Francois Bonnot, doch stillt man sich in den Wandelhallen der Kammer zu, daß er nur der Platzhalter für einen größeren Mann, für Tardieu selbst, sein wird. Die diplomatische Welt wird sich voraussichtlich daran gewöhnen müssen, Briand bei den künftigen europäischen und internationalen diplomatischen Verhandlungen vorerst nicht mehr an der Spitze der französischen Delegation zu finden.

Sollte dies schon für den 15. Mai zutreffen? An diesem Tage tritt nämlich der paneuropäische Studienausschuss, ein ganz legitimes politisches Kind Briands, in Genf zusammen. Jedermann erkunert sich, daß der deutsche Reichsaussenminister Dr. Curtius durch das Völkerbundsekretariat beantragte, daß der deutsch-österreichische Vorvertrag auf dieser Tagung seiner ganzen wirtschaftspolitischen Bedeutung nach durchgesehen wird. Wenn unmittelbar im Anschluß an diese Tagung der Völkerbundsrat selbst zusammentritt, dann wird dieser, wie man weiß, sich mit der rechtlichen Seite des Wiener Vorvertrags befassen und prüfen, ob er mit den bestehenden Verträgen, insbesondere mit dem Genfer Protokoll, in Einklang steht.

Die Kammerrede Briands wirft bedeutende Streitlichter auf diese Tagung voraus. Wie gründlich unterrichtet sie sich doch von der vorausgegangenen Kammerrede des französischen Außenministers! Damals hörten wir aus dem Munde Briands die bedenkliche Drohung — sie war in die Form einer Erinnerung gekleidet — daß der Abschluß einer deutsch-österreichischen Zollunion den Krieg bedeuten würde. Das dem englischen Ministerpräsidenten Macdonald nahestehende und führende Blatt der Labour Party, der "Daily Herald", wies Briand sofort in seine Schranken. Am letzten Freitag zeigte sich die Wirkung. Wohl ist der französische Außenminister und der kommende Präsident der französischen Republik nach wie vor ein entschiedener Gegner der deutsch-österreichischen Zollunion, auch die erdrückende Mehrheit der französischen Kammer ist es, aber Briand erklärte: "Solange ich am Ruder sein werde, gibt es keinen Krieg". Die französische Auffassung über den Wiener Vorvertrag widerspricht der deutschen und österreichischen vollkommen. Diesen Widerspruch zu beheben ist aber Aufgabe des Genfer Völkerbunds bzw. des Internationalen Obergerichtshofs. Das hat man in Wien und Berlin immer gesagt. Wenn diese Auffassung sich jetzt auch in Paris durchsetzt, so ist das unumkehrbar ein politischer Gewinn.

Dieser wird aber erst vollkommen werden, wenn ein Ausgleich und eine Verständigung erfolgt. Gerade im Interesse dieses idealen Ziels wären die persönlichen Anstrengungen des deutschen Reichsaussenministers Dr. Curtius und des Staatssekretärs von Bülow, wie wir zwischen

Frühjahrstagung der deutschen Bauernvereine.

W Berlin. Die diesjährige Frühjahrstagung der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine wurde mit einer Sitzung des Vorstandes abgeschlossen.

Der Präsident der Vereinigung, Reichsminister a. D. Dr. Herms, betonte in seiner Stellungnahme zu den vorabgeschiedenen Maßnahmen auf landwirtschaftlichem Gebiete, daß die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine keine Zweifel darüber gelassen habe, daß der Schutz der Weltmarktwirtschaft einer entsprechenden Ergänzung hinsichtlich der Veredelungswirtschaft bedürftig und in der Rücksichtnahme auf diese ihre Grenzen finde. Es sei zu bedauern, daß das Gebiet der Milchwirtschaft und die Frage des Futterzollens unerledigt geblieben sei.

Bei der Kritik der parlamentarischen Verhandlungen über die landwirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen erklärte Dr. Herms, daß man es nur bedauern könne, wenn durch den Ausbruch der Not aus dem Reichsgebiet eine Situation geschaffen würde, die eine ausreichende Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Interessen nicht gewährleisten könnte. Sodann sprach Minister Herms über die Arbeit der Grünen Front. Die deutsche Landwirtschaft habe sich in großer Notzeit in dieser Solidarfront zusammengefunden, und es sei weiterhin ein einheitliches Vorgehen der Landwirtschaft zur Erzielung einer starken Stützpunkt mit allen Mitteln zu unternehmen.

Reichsminister Dr. Schiele sprach die Hoffnung aus, daß es trotz aller Widerstände gelingen möge, auch der bäuerlichen Landwirtschaft unumkehrbar den erforderlichen Schutz zu bringen. Voraussetzung hierfür sei aber eine geschlossene Einheitsfront der Landwirtschaft.

Ueber die Bildungsfragen des Bauerniums im In- und Auslande sprach der Bauernschulvorsteher Dipl.-Landwirt Bürger. Nachdem er in diesem Zusammenhang kurz das Problem der Föhrung landwirtschaftlicher Führer, insbesondere der Genossenschaften, gestreift hatte, ging er zu den besonderen Aufgaben der Bauernschule für die deutschen Grenzgebiete und das Auslandsdeutschtum über, wobei er eingehend die Verhältnisse der deutschen Bauern im Sudetenlande behandelte.

Ueber die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion sprach Generalsekretär Dr. Dr. Hundhammer. Er betonte, daß man bei ihrer Beurteilung mehr den nationalen Gedanken als die rein wirtschaftlichen Gesichtspunkte herausstellen müsse. Auf die Dauer gesehen, verlohne der wirtschaftliche Zusammenbruch auch für die deutsche Landwirtschaft erhebliche Vorteile, da Österreich für die meisten Erzeugnisse ein Absatzgebiet sei. Für einige landwirtschaftliche Zweige beständen dagegen große Bedrohungen.

Der Vorstand sahke keine Stellungnahme zu den vorbringlichsten agrarpolitischen Fragen schließlich in einer

Entschließung

zusammen, in der es u. a. heißt:

den Sähen der Kandidatenrede Briands und in der Rede Herriots hörten, zweckmäßigerweise unterblieben. Immerhin, die Franzosen werden nach Genf mit einem ausgearbeiteten Gegenprojekt kommen. Die deutschen und österreichischen Vorschläge liegen bereits offen auf dem Verhandlungstisch. Die europäischen Staatsmänner werden sich in den nächsten Tagen an ihn setzen. Wir können nur wünschen, daß sie sich ehrlich in die Augen sehen und die vorliegenden Projekte nach der klassischen Parole untersuchen, die den alten Römern, die Jahrhunderte lang ein Weltreich zu regieren wußten, so oft von Lippen war: „Prüfet alles, behaltet das Beste!“

Curtius antwortet Briand

Berlin, 11. Mai.

Auf dem Bankett des Vereins der ausländischen Presse ging Reichsaussenminister Dr. Curtius auf das deutsch-österreichische Zollabkommen ein, bei dessen Beurteilung das Ausland vielfach von falschen Voraussetzungen ausgegangen sei. Die Vorwürfe über die Form des Vorgehens der deutschen und österreichischen Regierung bei der Veröffentlichung des Planes wies der Minister energisch zurück. Er hoffe, daß der Streit um die Taktik aufhöre, Prestigefragen aus dem Spiel blieben und die Angelegenheit selbst mit ruhiger Sachlichkeit behandelt werden würde.

Dr. Curtius begrüßte den Hinweis Briands auf den rein wirtschaftlichen Charakter der Zollunion. Deutschland stände unter der Gelfel der fürchterlichsten Arbeitslosigkeit und dem Druck schwerster Reparationen. Abjag für unsere Arbeit und Markterweiterung sei das von uns angestrebte Ziel. Die Auffassung, daß wir Nachpolitik mit unserem Plan verfolgten, zeuge von völliger Verständnislosigkeit für die Lage der beiden Volkswirtschaften.

Die Unabhängigkeit Österreichs werde durch die in den Richtlinien vorgesehene Fassung der Zollunion nicht beeinträchtigt. In welchen Punkten eine Verletzung der Verträge und des Genfer Protokolls vom Oktober 1922 vorläge, sei von den Gegnern des Planes bisher nicht erörtert worden.

„Der Vorstand der Vereinigung erkennt mit Dank an, daß die Reichsregierung durch eine Reihe zollpolitischer und innerwirtschaftlicher Maßnahmen der deutschen Landwirtschaft in ihrem schweren Existenzkampf eine nachdrückliche Hilfe auf einzelnen Gebieten, insbesondere des Getreidebaus, gewährt hat.“

Er hält die Gewährung von Präferenzen für Getreide grundsätzlich für ein geeignetes Mittel, um den veränderten handelspolitischen Notwendigkeiten Deutschlands Rechnung zu tragen, sofern der erforderliche Schutz des deutschen Getreidebaus im ganzen gewahrt bleibt. Der Zusammenbruch der Weltgetreidepreise rächt die Gefahr der gleichen Entwicklung für die Preise der bäuerlichen Veredelungserzeugnisse in bedrohliche Nähe. Der Vorstand verkennt nicht, daß dieses Gebiet mit besonderer Voracht behandelt werden muß, und würdigt auch die Notwendigkeit eines angemessenen Verbraucherschutzes. Der Vorstand der Vereinigung bekräftigt daher die Verpflichtung der Reichsregierung, dafür Sorge zu tragen, daß die weitauseinanderlaufenden Preisstürze zum Schließen gebracht und der Index für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse in ein angemessenes Verhältnis zu dem Index der landwirtschaftlichen Produktionsindizes gebracht wird.

Der vermehrte Zollschutz für die milchwirtschaftlichen Erzeugnisse ist die Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung des Milchgesetzes, das auf dem Wege der Selbsthilfe zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Milchwirtschaft beitragen soll. Von größter Bedeutung ist ferner ein ausreichender Schutz der Tier- und Geflügelwirtschaft, sowie des deutschen Obst- und Gemüsebaus. Zum Schutze des deutschen Waldes sind ausreichende zoll- und handelspolitische Maßnahmen dringend erforderlich. Soweit handelsvertragliche Bindungen entgegenstehen, ist für die vorbringlichsten Probleme eine Lösung im Wege von Verhandlungen nachdrücklich zu verlangen.

Der Vorstand der Vereinigung weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß Deutschland infolge der von ihm zu tragenden gewaltigen äußeren Zahlungsvorgaben bekräftigt sein muß, die letzten Mittel nationaler Wirtschaftsgesundung anzuwenden, und sich in diesem unumgänglichen Prozeß auch nicht durch Veruche des Auslandes zu innerwirtschaftlichen Entschädigungen Deutschlands Einfluß zu nehmen, bezirren zu lassen. Er nimmt dem Grundgedanken einer engeren wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich ausdrücklich an, hält jedoch die vorherige Klärung wichtiger Einzelfragen zur Gewinnung eines endgültigen Urteils über den beabsichtigten Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion für unerlässlich. Er betont in diesem Zusammenhang die entscheidende Notwendigkeit, alle derartigen Maßnahmen insbesondere in ihrer Auswirkung auf die gesamte wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands zu prüfen.“

Die österreichische und die deutsche Regierung haben in Ruhe der Verhandlung des Völkerbundesrates hierüber entgegen.

Natürlich gehe es nicht an, die Rechtsfrage durch Erwägungen wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und politischer Wünsche zu verdunkeln.

Die deutsche und die österreichische Delegation werden in Genf alle anderen Vorschläge und alle umfassenden Pläne für die Sanierung der europäischen Wirtschaft begrüßen und sich an solchen Arbeiten intensiv beteiligen. Der Minister bekräftigt, daß das französische sogenannte Gegenprojekt der deutschen Regierung noch nicht zugänglich gemacht worden sei, wie offenbar den Regierungen der Frankreich besonders nahe-legenden Länder.

Zum Schluß appellierte Dr. Curtius an die Logalität der ausländischen Presse und bat sie, die Welt über die Anstrengungen und wahren Absichten der deutschen Regierung zur Überwindung der ungeheuren Notlage Deutschlands und zur Vinderung der europäischen Krise aufzuklären. Gleich weit entfernt von Utopie und Radikalismus strebe die Reichsregierung entschlossen und besonnen eine Besserung der Gesamtlage des deutschen Volkes an und lege sich gleichzeitig für weitestgehende Kooperation mit den anderen Völkern ein. Deutschland sei auf das Stärkste an einem friedlichen Ausgleich aller Spannungen, einer Hebung der Wirtschaftslage in der ganzen Welt und einer fortschrittlichen gleichberechtigten Entwicklung der Völker interessiert.

Gemeindevahlen im Sultzhiner Ländchen

Prog. 11. Mai.

Bei den im ehemals deutschen Sultzhiner Ländchen stattgefundenen Gemeinderatswahlen erhielten die deutschen Parteien 1533 Stimmen und 24 Mandate gegenüber 1429 Stimmen und 24 Mandaten. Die tschechischen Parteien erhielten 457 Stimmen und 6 Mandate (1926 373 und 6).